

## Familienpolitik bedarfsgerecht gestalten

Die Familien sind in Deutschland vielfältiger geworden. Doch Familienleistungen orientieren sich oftmals am Vater-Mutter-Kind-Modell.

Wer Kinder hat, hat Anspruch auf staatliche Unterstützung. Doch so vielfältig die Familien sind, so unterschiedlich müssten auch die Familienleistungen aufgestellt sein, um bedarfsgerecht zu wirken. Was neue Familienbilder und neue Lebenswirklichkeiten allerdings an gesellschaftspolitischer Unterstützung benötigen, ist umstritten. Stieffamilien, Adoptivfamilien, Pflegefamilien, Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien – das klassische Vater-Mutter-Kind-Modell mit dem Vater als Ernährer der Familie wird langsam abgelöst. „Doch genau an diesem Modell sind die steuerlichen Regelungen für Familien, die Sozialversicherung und das Sozialrecht ausgelegt“, sagte Jeanette Rußbült vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Auftakt der Veranstaltung „Zukunft der Familienpolitik – Gerechte Verteilung der Familienleistungen?“ im Forum Volkshochschule in Köln. In einer Gesellschaft, in der immer weniger geheiratet wird, weniger Kinder geboren werden und die Vielfalt an Formen des Zusammenlebens zugenommen hat, werden Stimmen zu einer gerechten Reform der Familienförderung laut.



Von einem „Leistungswirrwarr“ im Zusammenhang mit den Familienleistungen sprach Diplom-Volkswirtin, Dr. Irene Becker, in ihrem einführenden Vortrag zu Reformoptionen des Kindergeldes



und dem Familienlastenausgleich. Bei den monetären Transfers für Kinder sei zwischen drei Dimensionen von Gerechtigkeit zu unterscheiden: horizontal innerhalb von Gesellschaftsschichten, um der Ungleichbehandlung gleicher Einkommen entgegenzuwirken (1), vertikal zwischen den Schichten, um das kindliche Wohlergehen und die Chancengerechtigkeit zu fördern (2) und zwischen den Geschlechtern, zur

besseren Vereinbarung von Familie und Beruf (3). „All die hierunter fallenden steuer-, unterhalts-, sozialversicherungs- und sozialrechtlichen Maßnahmen, sollen der Förderung der wirtschaftlichen Stabilität von Familien dienen“, sagte Becker. Doch die Komplexität der vorhandenen Familienleistungen führe dazu, dass diese ihr Ziel verfehlten und zu einer Ungleichbehandlung von Kindern je nach familiärer Konstellation. „Wir müssen insgesamt Transparenz und Konsistenz im jetzigen Leistungsdschungel der staatlichen Förderung schaffen“, forderte Becker. Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld, Bildungs- und Teilhabepaket und die pro Kind bedingten Freibeträge seien aus ihrer Sicht zu reformieren. Dies sei notwendig, um Kinderarmut zu vermeiden, verdeckte Armut abzubauen und die Teilhabemöglichkeiten von Kindern im unteren Einkommensbereich zu verbessern. „Durch eine Reform muss es möglich sein, die Existenzsicherung von Kindern außerhalb des SGB II zu gewährleisten. Dazu bedarf es auch Anreizen, dass sich Erwerbsarbeit lohnt“, erläuterte sie. Klar sei, dass die Finanzierung der Reformansätze eine große Herausforderung werde. „Die müssen wir schrittweise angehen“, machte Becker deutlich.

Neben der Volkswirtin diskutierten Nicola Berkhoff vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter NRW, die Vorsitzende der Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ und SPD-Landtagsabgeordnete Ingrid Hack sowie Professorin Dr. Notburga Ott von der Ruhr-Universität Bochum im VHS-Forum über die Komplexität und Intransparenz der Familienleistungen. Moderiert wurde die Runde von Journalistin Anke Bruns.



Wenn die Enquetekommission ihren Abschlussbericht vorlegt, sollen die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen nach Hacks Worten in die politische Beratung gehen. „Dieser Prozess beginnt nach den Sommerferien. Aktuell stehen wir davor, unsere Handlungsziele artikuliert aufzuschreiben. Unser Bericht soll eine möglichst fraktionsübergreifende Stellungnahme zur Zukunft der NRW-Familienpolitik sein“, sagte die SPD-Politikerin. Trotz Hacks Hoffnung auf einen möglichst breiten Konsens im Abschlussbericht, steht Ott diesem skeptisch gegenüber: „Wissenschaftlich erwarte ich wenig Neues. Ich bin vielmehr gespannt, ob die Kommission auch konkrete Wege aufzeigt, wie man zu Lösungen kommen kann. Denn die gehören aus meiner Sicht unbedingt dazu.“

Becker hatte in ihrem Vortrag darauf verwiesen, dass das Existenzminimum eines Kindes im Jahr 2016 bei monatlich 604 Euro liegt: 384 Euro Kinderfreibetrag und 220 Euro für Betreuung, Erziehung und Ausbildung. In diesem Jahr kostet ein Kind mit seinen Grundbedürfnissen demnach 7.248 Euro. „Das Kindergeld liegt weit unter dem sächlichen Existenzminimum laut Einkommensteuergesetz“, fasste Becker zusammen. Die meisten Eltern erhalten 190 Euro Kindergeld (erstes Kind) und profitieren gegebenenfalls von steuerlichen Rückerstattungen aus Aufwendungen für die Betreuung. „Diese Differenz ist einer der Hauptgründe für die hohe Kinderarmutsquote in Deutschland“, machte Berkhoff deutlich. Das Einkommen reiche vor allem bei Alleinerziehenden oft nicht aus, die Kosten für ein Kind zu tragen. Über eine Million Kinder lebten von SGB-II-Leistungen auf niedrigstem Niveau.

Eine Lösung heraus aus dem Leitungswirrwarr und hin zu einer sicheren Finanzierung für Familien mit Kindern, ist nach Ansicht der Expertinnen die Kindergrundsicherung in Höhe des Existenzminimums

von 604 Euro monatlich. „Das wäre für mich ein gangbarer Weg“, äußerte sich Hack und ergänzte: „Mit unserer Politik müssen wir für möglichst viele in der Gesellschaft das möglichst Beste erreichen. Die Kindergrundsicherung darf andere gesellschaftliche Gruppen nicht über Gebühr belasten.“ Ott verwies in diesem Zusammenhang auf das Viertel der Gesellschaft, das kinderlos bleibe. „Ein verfassungsmäßig garantiertes Existenzminimum für Kinder bekommen wir so nicht hin“, sagte sie. Becker plädierte für eine Abschaffung der Kita-Gebühren und erhielt dafür die Zustimmung aller Expertinnen auf dem Podium. „Würden diese abgeschafft, könnte ein korrekt berechnetes Existenzminimum natürlich geringer ausfallen“, erläuterte sie. Es sei nicht verständlich, warum die universitäre Bildung kostenlos sei, die Kinderbetreuung jedoch nicht. Doch für solche Änderungen bedürfe es natürlich politischer Mehrheiten. „Politik denkt leider in Legislaturperioden, aber diese Änderungen brauchen viel mehr Zeit“, sagte sie und formulierte ein Ziel für die Enquetekommission: „Gehen Sie kleine Schritte an, um am Ende das große Ziel zu erreichen.“ Berkhoff stärkte diesen Punkt. „In vielen Familien ist akut eine relativ große Not da. Da helfen auch kleine Schritte bereits“, erklärte sie.

Dass Familien in der aktuellen Situation oft das Wissen fehle, welche Leistungen ihnen zustehen, bestätigte Berkhoff ebenfalls: „Wir bekommen diese Fragen täglich von Alleinerziehenden gestellt.“ Die hätten zusätzlich damit zu kämpfen, dass häufig zu wenig oder kein Kindesunterhalt gezahlt würde. „Bei etwa 50 Prozent wird gar kein Unterhalt gezahlt“, machte sie deutlich. Der Unterhaltsvorschuss als armutsverhindernde Leistung, die zielgerichtet Alleinerziehende unterstützt, wenn kein Unterhalt gezahlt wird, sei ein wichtiges Instrument. „Die angekündigten Gesetzesänderungen drohen, den Unterhaltsvorschuss auszuhöhlen. Dabei sollte dieser besser noch ausgebaut werden“, forderte Berkhoff. Sie kritisierte auch eine ungerechte Besteuerung nach Familienform. Das Ehegattensplitting bevorzuge einseitig die Ehe gegenüber anderen Familienformen – Alleinerziehende oder nicht eheliche Lebensgemeinschaften. „Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende in der Steuerklasse II ist viel zu gering. Sie sind bei der Steuer als Familie zweiter Klasse benachteiligt“, sagte Berkhoff.



„Viele steuerliche Förderungen steigen darüber hinaus mit dem Einkommen. Auch hier sind die benachteiligt, die kleine oder eben nur ein Einkommen haben“, erläuterte Becker. Sie sei allerdings skeptisch, dass es schnell zur Kindergrundsicherung komme. „Das Geld wäre da, aber es geht hier immer um Verteilungsfragen“, sagte die Landtagsabgeordnete Hack. Es sei jedoch bereits ein Zeichen, dass auf Antrag der SPD-Fraktion eine Enquetekommission gebildet wurde, in der sich bis zu 30 Personen zwei Jahre lang dem Thema Familienpolitik angenommen hätten. „Dass beitragsfreie letzte Kita-Jahr war bereits eine politische Herausforderung. Aber wir sind dran“, sagte sie. Doch dabei sei die Politik auch auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen: „Sie müssen ihre Stimmen erheben und sagen: so geht es nicht weiter!“, forderte die Politikerin auf.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der VHS-Köln statt.

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln

Redaktion: Jeanette Rußbült, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung